

«Stäfas Tafelsilber» soll verkauft werden

STÄFA Im Abstimmungskampf um Familienwohnungen war einst ein Grundstück im Stäfner Ortsteil Ülikon erbittert umkämpft. Es sei eine wichtige Finanzreserve der Gemeinde, hiess es damals. Nun will der Gemeinderat das Land verkaufen.

Wäre es nach der SP gegangen, würden heute auf dem gemeindeeigenen Grundstück an der Allenbergstrasse im Stäfner Ortsteil Ülikon Familienwohnungen stehen. Ihre Initiative für 40 preisgünstige Wohnungen, die damals vom Gemeinderat unterstützt wurde, ging jedoch vor fünf Jahren bachab.

Die SVP hatte dagegen eine Kampagne geführt. Die Befürworter warfen ihr daraufhin vor, sie habe damit eine Neiddebatte losgetreten. Die Partei gönne den

potenziellen Nutzniessern – sprich den künftigen Mietern – das schön gelegene Stück Land mit Blick auf die Berge und den See nicht. Die SVP sowie weitere Gegner in der Bevölkerung wehrten sich mit dem Argument gegen das Vorhaben, mit dem Bau von Familienwohnungen werde «Stäfas Tafelsilber verschenkt».

Über 20 Millionen Erlös

Nicht verschenken – und auch nicht verscherbeln – will der inzwischen neu zusammengesetzte

Gemeinderat das Grundstück. Im Rahmen seiner neuen Finanzstrategie (siehe Artikel unten) will er das 8640 Quadratmeter grosse Grundstück für mindestens 20 Millionen Franken verkaufen. Die Gemeindeversammlung wird darüber voraussichtlich 2016 abstimmen.

Die SVP hatte den Verkauf schon vor zwei Jahren gefordert. Der Meistbietende solle das Land erhalten, schlug die Partei vor. Sie rechnete damals allerdings lediglich mit einem Erlös von 12 bis 15 Millionen Franken. Mit dem Vorschlag löste die SVP bei den übrigen Ortsparteien heftige Reaktionen hervor, zumal sie mit dem Geld Schulden tilgen wollte.

«Wenn man Land verkauft, will der Bürger einen Gegenwert sehen.»

Christian Haltner (FDP),
Gemeindepräsident von Stäfa

Davon sieht der Gemeinderat allerdings ab. «Wenn man Land verkauft, will der Bürger einen Gegenwert sehen», sagt der Stäfner Gemeindepräsident Christian Haltner (FDP). Deshalb soll das Geld für grössere Projekte verwendet werden, die wegen der Investitionsbremse der Gemeinde nicht mehr realisiert werden könnten.

Die Absicht des Gemeinderats, das Grundstück zu verkaufen, dürfte vor der Abstimmung zu Diskussionen führen. Auch andere Massnahmen des neuen Stäfner Sparpakets könnten Widerstand hervorrufen, sobald sie konkreter werden.

Michel Wenzler



Bebaubares Land an guter Lage: Die Gemeinde Stäfa, der das Grundstück an der Allenbergstrasse in Ülikon gehört, soll das Land nach den Plänen des Gemeinderats verkaufen.

Manuela Matt

Gemeinderat tritt auf die Investitionsbremse

STÄFA Mit einer neuen Finanzstrategie will Stäfas Gemeinderat den Finanzhaushalt ins Lot bringen. Die Behörde leitet ab 2016 mehrere Massnahmen ein.

Die Steuern nicht erhöhen, aber die Ausgaben in den Griff bekommen. So lautet im Kern die neue Finanzstrategie des Stäfner Gemeinderats nach dem Nein der Gemeindeversammlung vom vergangenen Dezember zu einer

Steuererhöhung. Die neue Strategie und das Sparpaket treten ab 2016 in Kraft. Folgende Massnahmen sind vorgesehen:

- **Schulden:** Gemeinde Stäfa hat derzeit rund 65 Millionen Franken Schulden. Dies ist gemäss Gemeinderat nicht problematisch, da die Zinsen auf die Schulden derzeit sehr tief sind. «Wir sollten darum im Moment kein Fremdkapital zurückzahlen», sagt Gemeindepräsident Christian Haltner (FDP). «Die Zinsen belasten den Haushalt zurzeit fast nicht.» Der Gemeinderat hält überdies eine Verschuldung bis zu einem Betrag von 95 Millionen Franken für tragbar. Ein ungebremstes Schuldenwachstum strebt die Gemeinde allerdings nicht an. Die Aufnahme von Fremdkapital könne sich aber als unumgänglich erweisen, wenn für notwendige Investitionen keine liquiden Mittel vorhanden seien.
- **Sparen:** Der Gemeinderat will 2 bis 2,5 Millionen Franken sparen. Dies soll durch weitere Kürzung der Sachaufwände – etwa bei der Beschaffung von Material – geschehen. Zudem werden in der Gemeindeverwaltung, wie schon 2010 beschlossen, keine neuen Stellen geschaffen. Lohnerhö-

hungen gibt es nur noch, wenn sie sich innerhalb des Budgets bewegen. Die Kompetenz, ausserhalb des Budgets Ausgaben zu tätigen, wird aufgehoben. Weiter sollen die Beiträge an die Denkmalpflege gestrichen werden. Darüber wird die Gemeindeversammlung abstimmen. Der Gemeinderat fordert die Schulpflege sowie die Fürsorge- und Werkbehörde zu ähnlichen Massnahmen auf.

• **Höhere Gebühren:** Der Gemeinderat will Gebühren überprüfen und wo nötig erhöhen. Nicht alle Gebühren müssen kostendeckend sein. Der Eintritt in die Badi beispielsweise würde unerschwinglich. Eine leichte Erhöhung ist aber auch hier denkbar.

• **Keine neuen Aufgaben:** Neue Aufgaben übernimmt die Gemeinde nur noch, wenn ihr diese von Bund oder Kanton übertragen werden. Zusätzliche Aufgaben, über welche die Gemeinde selber bestimmen kann, will der Gemeinderat dem Finanzhaushalt nicht mehr aufbürden. Dazu gehört etwa eine Alternative für die abendliche Buslinie 950 in den Ortsteil Binz, die Ende Jahr abgeschafft wird. Die Verkehrsbetriebe Zürichsee und Oberland sowie Quartierbewohner suchen

dafür eine Lösung. Auch laufende Projekte sichtet die Gemeinde bis auf weiteres. So liegen die Pläne für die Zukunft des Restaurants Froberg, das der Gemeinde gehört, vorerst auf Eis. Von seiner Grundhaltung soll der Gemeinderat jedoch in einzelnen Fällen abweichen können.

• **Ausgliederungen:** Der Gemeinderat prüft die Verselbstständigung der Alters- und Pflegeheim. Denkbar ist ein Modell wie jenes in der Gemeinde Erlenschbach, die den Betrieb des Alterszentrums in die Hände einer darauf spezialisierten Firma geben will. Auch andere Organisationsformen kämen infrage. Die Stimmberechtigten haben darüber das letzte Wort. Nicht mehr zur Diskussion steht der Verkauf des Elektrizitätswerks, wie dies etwa die Gemeinde Oetwil getan hat. «Das Werk ist kein Kostenpunkt, weil es selbsttragend ist», sagt Haltner.

• **Investitionen:** Der Gemeinderat will bei den Investitionen auf der Bremse bleiben und dafür jährlich maximal zwei bis vier Millionen Franken ausgeben. Der tatsächliche Bedarf wäre laut Gemeinderat doppelt so hoch. Betroffen von der Investi-

tionsbremse sind Projekte, die mit Steuergeldern bezahlt werden – nicht aber solche, die sich über Gebühren finanzieren wie die Abwasserreinigung. Die Stäfner Exekutive will alle Vorhaben für die nächsten 15 bis 20 Jahre erfassen und aufgrund der Dringlichkeit eine dreistufige Prioritätenliste erstellen. Der Stimmbürger hat so die Übersicht über alle Investitionen. Vorrang hat der Erhalt der bestehenden Infrastruktur. Weitere Projekte will die Behörde erst dann vorschlagen, wenn die Finanzierung gesichert ist. Dadurch sollen weitere Schulden verhindert werden.

• **Verkauf von Land:** Die Prioritätenliste für Projekte bildet die Grundlage, um sogenannte Desinvestitionen zu beantragen, wie es im Fachjargon heisst. Darunter fällt zum Beispiel der Verkauf von Land. So will der Gemeinderat nicht dringliche Vorhaben finanzieren, indem er gemeindeeigene Grundstücke verkauft – etwa jenes in Ülikon (siehe Artikel oben). Nebst diesem Stück Land prüft die Behörde den Verkauf weiterer Parzellen in der Höhe von 10 Millionen Franken.

Michel Wenzler

ANZEIGE

nauer
textil
reinigung

Meilen
Dorfstr. 138, 044 923 54 10

Ihr Spezialist für Textilpflege

- Teppichreinigung
- Duvet-, Kissen und Deckenreinigung
- Matratzenbezüge
- Vorhänge
- Wäscheservice

www.nauer-textilreinigungen.ch